Empörung bei der Lufthansa

Eng waren sie schon immer verbunden, Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratschef und Lufthansa-Aufsichtsrat, und der LH-Chef Heinz Ruhnau. Doch was sich am vergangenen Donnerstag in Frankfurt abspielte, übertraf alles bisher Dagewesene. Die Führungscrew der LH-Chartertochter Condor und LH-Techniker mußten antreten,



Airbus-Fan Strauß, LH-Chef Ruhnau

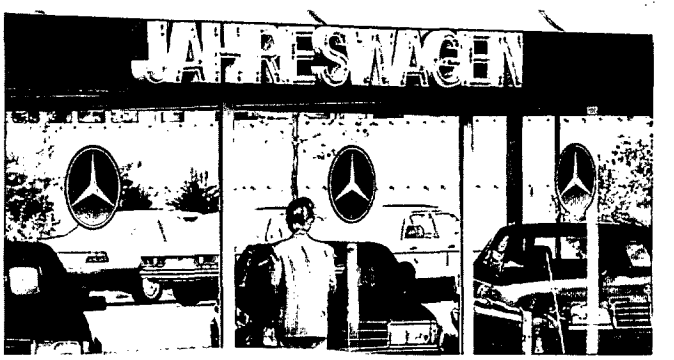
weil es das Condor-Management gewagt hatte, Flugzeuge des Typs Boeing 757 anzumieten. Vor Strauß und Führungskräften von Airbus Industrie hatten sie Rechenschaft abzulegen. Wenngleich die Erläuterung ihrer Entscheidung nicht schwerfiel – für Condor-Bedürfnisse passende Airbusse sind derzeit nicht verfügbar –, empfanden die Ruhnau-Untergebenen den Vorgang doch als empörend. Ein leitender LH-Mitarbeiter: „Ein Ding aus dem Tollhaus."

Banken langen kräftig zu

Sparkassen und Banken plündern die Konten ihrer Kunden. Jetzt steigen nicht nur die Zinsen für Darlehen und Kredite, sondern obendrein auch noch etliche Gebühren. Die Deutsche Bank etwa hat die bisher üblichen Freiposten für das Girokonto gestrichen und die Gebühr für Kontoauszüge erhöht. Kunden der Nassauischen Sparkasse, die außerhalb der Geschäftszeiten Bargeld am Automaten abheben, müssen eine Mark berappen. Bei der Bank für Gemeinwirtschaft wurde die jährliche Depotgebühr auf 20 Mark erhöht, doppelt soviel wie bisher.

Schneller zum Jahreswagen

Um Absatzeinbrüche durch die geplante Besteuerung der Jahreswagenrabatte zu



Jahreswagen-Weiterverkauf bei Daimler-Benz

vermeiden, wollen Vorstand und Gesamtbetriebsrat der Daimler-Benz AG die Mitarbeiter-Bezugsrechte ausweiten. Bislang können nur Daimler-Angestellte, die vor dem 1. Juli 1976 bei dem Autokonzern anheuerten, alle zwölf Monate einen Wagen mit dem Belegschaftsrabatt kaufen. Später Gekommene sowie die Beschäftigten der Daimler-Tochter MTU müssen dagegen nach einer mit den Finanzbehörden getroffenen Vereinbarung 18 Monate warten. Diese Regelung will das Unternehmen nun beiseite räumen. Finanzminister Gerhard Stoltenberg ist bereit, die Zwölfmonatsfrist für die Beschäftigten in der Autoproduktion zu billigen. Seine Bedingung: Wie schon die Beschäftigten der Daimler-Tochter Dornier sollen künftig auch MTU-Mitarbeiter keinen Jahreswagen bekommen. Sie alle haben mit der Autoproduktion nichts zu tun.

Otto Wolff wurde Zentrale los

Der Industrielle Otto Wolff von Amerongen hat seine Konzernzentrale verkauft. Das Gebäude in der Kölner Stadtmitte wechselte für rund 40 Millionen Mark zur Gothaer Versicherungsbank. Es hätte dem angeschlagenen Konzern womöglich noch mehr gebracht, wenn die Verhandlungen mit der Générale de Banque nicht geplatzt wären. Die Belgier mußten die Gespräche abbrechen, weil ihr neuer holländischer Fusionspartner dagegen war. Die Amro Bank ist nicht gut auf Wolff zu sprechen. Um seinen Konzern zu retten, hatte er Ende letzten Jahres seine Tochterfirma PHB Weserhütte pleite gehen lassen. Diese hatte bei drei Dutzend Banken hohe Schulden, darunter bei der Amro Bank, die acht Millionen Mark abschreiben mußte.

Insider-Geschäfte: Beugehaft für deutsche Banker?

Die neun deutschen Banken, die ins Visier der US-Börsenaufsicht SEC geraten sind, und die von Washington um Rechtshilfe gebetene Bonner Regierung haben es offenbar nicht eilig, den Amerikanern die gewünschten Auskünfte zu geben. Die SEC war bei Untersuchungen zu möglichen illegalen Insider-Geschäften während der Übernahmekämpfe um die US-Firmen Carter Hawley Hale und Sterling Drug auf die Deutschen gestoßen (SPIEGEL 28/1988). Unter den betroffenen Geldhäusern finden sich so bekannte Adressen wie die Westdeutsche und die Hessische Landesbank, die Landesbank Stuttgart und die Commerzbank. Die Banken warten offensichtlich auf eine förmliche Anfrage des Bonner Finanzministeriums. Die steht bisher noch aus. Den „Verdacht" des SEC-Direktors Gary Lynch, daß Angestellte der betroffenen Banken nicht nur Kundenorders ausgeführt, sondern selbst Insider-Wissen genutzt haben könnten, weisen die Banker entschieden von sich. Die Käufe seien ausschließlich im Auftrag geschehen, Geschäfte auf eigene Rechnung nicht getätigt worden. Die Banken erklären sich bereit, den Amerikanern alle gewünschten Auskünfte zu geben, vorausgesetzt, ihre Auftraggeber befreiten sie von der Schweigepflicht. Bestünden die Kunden jedoch auf der Einhaltung des Bankgeheimnisses, fürchtet ein betroffener Banker, „könnten die Amerikaner, um eine Auskunft zu erzwingen, unseren New Yorker Niederlassungsleiter in Beugehaft nehmen".